

suboptimal



Kinder an der Waffe: Die Debatte zeigt, dass die Rekrutierung Minderjähriger bei der Bundeswehr umstritten ist. Seite 2

subjektiv



Menschen in der Opferrolle: Das Doku-Festival „Stranger than Fiction“ zeigt, dass die Wahrnehmung des Holocaust unterschiedlich ist. Seite 3

subtropisch



Wintersport unter Palmen: Putin zeigt mit seinem milliardenteuren Denkmal in Sotschi, wie wichtig er ist. Seite 4

Internet

Alle Artikel und mehr gibt es im Netz unter www.bszonline.de

Vorerst keine Zulassungsbeschränkung fürs Lehramt – Rückzieher wegen neuer Rechtslage

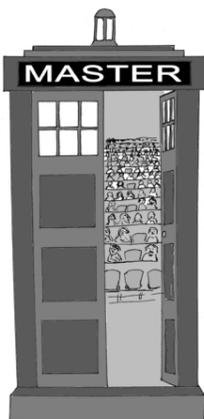
Meisterhafte Entscheidungsvermeidung

(joop) Die Professional School of Education hat im letzten Moment die eigenen Pläne kassiert, den Zugang zum Master of Education zu beschränken – ohne jedoch darüber abzustimmen. Ausschlaggebend war dabei weniger die Kritik der Studierenden als eine neue Rechtslage.

Es ging um sehr viel, denn im Dezember letzten Jahres hatte das School Board der Professional School of Education (PSE) ein Modell verabschiedet, das vorsah, dass ab dem Wintersemester 2014/15 die Fachnoten des Bachelorabschlusses über die Zulassung zum M.Ed.-Studiengang entscheiden sollten. Die für das School-Board-Meeting am 28. Januar anstehende Abstimmung hätte im Fall einer Verabschiedung des Modells für zahlreiche Studierende das Ende des Berufsziels Lehramt bedeutet.

Das Interesse der Studierenden war entsprechend groß, nicht zuletzt aufgrund der Mobilisierung einiger Fachschaften auf dem Campus und im Internet. So wurde die Sitzung in den vorsorglich gebuchten Hörsaal HGA 30 verlegt, der jedoch ebenfalls zu klein war; Studierende saßen und standen im Eingangsbereich und in den Aufgängen. Das AstA-Referat für Hochschulpolitik zeigt sich mit einer BesucherInnenzahl von geschätzt 150 zufrieden: „Die Studierenden haben heute ein eindrucksvolles Zeichen gegen Zugangshürden zum Master gesetzt und deutlich gemacht, dass bei einer erneuten Aufnahme des Punktes auf der Tagesordnung des School Board mit erheblichem Widerstand zu rechnen ist.“

Den Tagesordnungspunkt zu den geplanten Zulassungsbeschränkungen nutzte der Dean (der Dekan des PSE hat eine englische Amtsbezeichnung) der PSE,



Innen ist der Hörsaal größer.



Keine Kapazitätsprobleme mehr im Lehramtsstudium: Mit einfachen Maßnahmen gehören Raumknappheit und Zeitdruck bald der Vergangenheit an. Karikatur: joop

Prof. Dr. Peter Drewek, um diese noch einmal zu erläutern. Dabei ging er auf die Kritik der letzten Wochen ein. Den Vorwurf, nicht ausreichend informiert zu haben, wies er zurück. Die geplanten fachspezifischen Zugangsnoten zwischen 1,7 und 3,5 seien zudem nicht so rigide wie befürchtet, verteidigte der Dean das Beschränkungsmodell und bezog sich unter anderem auf eine nicht zu bewältigende Zahl von Studierenden. Andererseits war Dreweks Verweis auf die Beschwerden von Fachschaftsräten und 30 bis 40 einzelnen Studierenden sowie die Würdigung des Einsatzes der studentischen Mitglieder des School Boards ein deutliches Indiz dafür, dass der Protest der Studierenden seine Wirkung nicht verfehlt hatte.

„Die studentische Mobilisierung war garantiert ein Faktor für die Art und Weise, wie die Entscheidung am Dienstag präsentiert wurde“, meint dazu Gerry Hellwig

vom Fachschaftsrat Master of Education, der dem School Board als studentischer Vertreter angehört.

Urteil schafft neue Fakten

Im Kern war Dreweks Erklärung eine juristische. Im Dezember hatte das Verwaltungsgericht Osnabrück einer Studentin Recht gegeben, die gegen eine den PSE-Plänen ähnelnde Zulassungsbeschränkung zum M.Ed. geklagt hatte. Die Entscheidung im Berufungsverfahren vor dem Obergericht Lüneburg müsse zwar erst abgewartet werden; dennoch sprach Drewek wegen der neuen Rechtslage dem School Board die Empfehlung aus, die Beschränkungen nicht zu beschließen.

Den folgenden Jubel konterkarierte Drewek mit der Sorge um die Studienqualität. Mit drei Lehrstühlen seien die Kapazitäten der Erziehungswissenschaften begrenzt.

„So sehr Sie sich freuen, dass Sie zugelassen werden, Sie können sich nicht darauf freuen, in zu vollen Seminaren zu sitzen“, so Drewek. Die mangelnde Qualität könne das Studium sogar verlängern, warnte er.

Abstimmen, um nicht abzustimmen

Kurz vor dem lang erwarteten Votum begann eine Diskussion innerhalb des School Boards darüber, die Abstimmung nachträglich von der Tagesordnung zu streichen. Der Einwand, das Board führe sich mit einer Ablehnung der eigenen Beschlüsse ad absurdum, spiegelte die Mehrheitsmeinung wider. Mit neun Ja-Stimmen gegen zwei Nein-Stimmen der studentischen VertreterInnen bei einer Enthaltung stimmte das School Board gegen eine Abstimmung. Dass damit der Anlass für das große Publikumsinteresse quasi nicht existiert hatte, wirkte aber ebenfalls absurd.

Studierendenvertreter Hellwig hat wegen des schwierigen Entstehungsprozesses des geplanten Modells Verständnis für die Entscheidung.

„Jetzt in der letzten Sitzung dagegen zu stimmen wäre unter Einbezug der bisherigen Beschlusslage eine komplette 180-Grad-Wende gewesen, die ein Großteil des School Boards anscheinend nicht vollziehen wollte“, sagt er.

Dieses Votum halte er aber wegen des Gerichtsurteils für ausreichend, da dieses sich explizit auf das Grundgesetz berufe. „Sollte das Berufungsgericht nicht einen großen Argumentationsfehler im Osnabrücker Urteil sehen, gehe ich nicht davon aus, dass die nächste Instanz das Urteil widerrufen wird.“ In einem solchen Fall würden sich die Fachschaftsräte aber ebenso wehren wie sie es bei einer Verabschiedung der Zugangsbeschränkungen getan hätten.

„Kameradschaft Volkssturm Deutschland“ steht einsam im Regen Gescheiterte Demo vor Asylheim

(kac) In Bochum Mitte fand vergangenen Samstag, den 1. Februar eine Versammlung der Gruppierung „Kameradschaft Volkssturm Deutschland“ in der Nähe des Flüchtlingswohnheims statt. Jedoch lief diese nicht wie geplant. Es versammelten sich ungefähr 25 bis 30 Rechtsextremisten, ohne Lautsprecherverstärker, nur mit einem Megafon gerüstet. Hinzu kam das regnerische Wetter und so endete diese Demo schon nach einer Dreiviertelstunde. Die Bemühungen, sich bemerkbar zu machen, war durch die Kontra-Demo mit dem Motto „Flüchtlinge willkommen! Nazis haut ab!“ kaum möglich.

An der Kreuzung Königsallee-Wohlfahrtstraße fand letzten Samstag eine Demonstration gegen die AsylbewohnerInnen statt. Die Gruppierung „Kameradschaft Volkssturm Deutschland“ hatte geplant, direkt vor dem Flüchtlingswohnheim ihre Parolen zu präsentieren. Die Bochumer Polizei wies den DemonstrantInnen jedoch den Platz auf der Königsallee vor dem Knappschaftshochhaus zu. Das Asylheim konnte sich so hinter diversen Pflanzen auf der gegenüberliegenden Seite nur erahnen lassen. Die Kameradschaft sah regelrecht einsam aus, denn die Anzahl von ca. 25 bis 30 TeilnehmerInnen konnte die Kontra-Demo „Flüchtlinge Willkommen! Nazis haut ab!“, an der um die 300 Personen teilgenommen haben, nicht übertrumpfen.



Allein auf weiter Flur: Neonazis demonstrieren gegen AsylbewerberInnen. Foto: kac

Flüchtlingsdebatte der CSU

Befürchtungen, wie die des ehemaligen Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich (CSU) im vergangenen Jahr, der Sorge vor einer rechtsradikalen Instrumentalisierung bei solch einer Debatte äußerte, haben sich bewahrt. So steht auf der Internetseite des Bochumer Bündnisses gegen Rechts, dass „eine von der CSU angezettelte ‚Mißbrauchsdebatte‘ ausgenutzt werde, um „Stimmungen in der Bevölkerung“ aufzunehmen, aber auch zu verstärken“, und sich selbst als Organ der „richtigen“ Ausländer- und Migrationspolitik zu präsentieren.“

Besonders erfreulich ist natürlich die hohe TeilnehmerInnenzahl auf der Seite

der GegengedemonstrantInnen. Um die 300 Personen versammelten sich, um den Neonazis die Stirn zu bieten. Bei ihnen funktionierte die große Koalition auf großartige Weise.

Erfolg für BochumerInnen

Ein Zusammenschluss aus den demokratischen Parteien aller Couleur gegen die rechte Szene war dort zu beobachten. Der Vorsitzende der CDU-nahen CDA, Arne Lindemann, erklärte, dass sich im Asyl zurzeit 250 Menschen aus 35 verschiedenen Nationen befänden und dass „pauschal zu verurteilen nicht in Ordnung“ sei. Uwe Thiessen von der SPD schwang eine rote Fahne und aus der in NRW Fuß fassenden

Menschen-, Umwelt und Tierschutzpartei erklärte Sabine Hasselbeck-Grütering, dass ihre Partei, aber auch die „Piraten, DKP und die Linken einen schützenden Gürtel für das Flüchtlingsheim stellen“. Sie fügte hinzu: „Wäre Jesus heute als Flüchtling gekommen, dann hätte er keine Chance gehabt.“ Alexander Siefert von der Grünen Jugend aus Dortmund ist der Meinung, dass „jeder Bürger wenigstens ein paar Mal zu einer Gegendemo gehen sollte. Denn die Solidarität ist wichtig.“ Siefert verglich die Demo mit denen, die in Dortmund stattfinden: „Der Unterschied zu Dortmund ist, dass dort viel mehr Nazis an Demos teilnehmen. In Dortmund ist der ehemalige Nationale Widerstand, jetzt die Rechte, vertreten und dann sind auch noch zwei NPD-Parteimitglieder im Dortmunder Stadtrat. Heute werden die Nazis hier in Bochum kaum wahrgenommen, denn es ist nur ein kleiner schwarzer Block. Wir hingegen sind bunt. Es ist schön, dass alles so friedlich verläuft.“ Die Bogestra stellte den Neonazis um 14.45 Uhr kostenlos einen Bus zur Verfügung, der sie direkt vor dem Knappschaftsgebäude abholte.

Aber nicht nur die Stadtparteien waren vertreten. Auch VertreterInnen der RUB haben kräftig demonstriert. Der Sprecher der Grünen Hochschulgruppe, Patrick Vosen sagte: „Die Demo war ein großer Erfolg. Es waren viele Hochschulgruppen der RUB da und das Ergebnis, dass wir so viele waren, um die Flüchtlinge willkommen zu heißen, erfreut jeden.“

doinkürze
BVB kickt Brück

(mar) Die Vereinsleitung von Borussia Dortmund zeigt weiterhin Flagge gegen rechts: So wurde gegen den Dortmunder Rechtsextremen Kader Michael Brück inzwischen ein Ausschlussverfahren eingeleitet. Dies wurde vor allem mit den politischen Aktivitäten des 23-jährigen stellvertretenden Landesvorsitzenden der Partei, „Die Rechte“ begründet, der auch der verbotenen Neonazi-Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund“ (NWDO) angehörte. Zuletzt hatte das spektakuläre „Outing“ des Jurastudierenden an der Ruhr-Universität Bochum durch linke AktivistInnen noch für Kontroversen gesorgt (die :bsz berichtete). Zuvor sei Brück laut dem Blog „Braunraus“ nach eigenen Angaben bereits von Borussia Dortmund mit einem Stadionverbot belegt worden. Auch juristisch errang der BVB laut „Braunraus“ vor wenigen Wochen einen Sieg gegen Die Rechte: Das Oberlandesgericht Hamm (OLG) beschied eine einstweilige Verfügung gegen die Neonazi-Partei positiv. Deren Dortmunder Kreisverband hatte mit seinem Spitzenkandidaten Siegfried („SS-Siggi“) Borchardt auf dessen Bekanntheit in der lokalen Fußballszene gesetzt. Mit dem Slogan „Von der Südtribüne in den Stadtrat“ sollte mit dem langjährigen Kopf der rechtsextremen Hooligan-Vereinigung „Borussenfront“ vor schwarz-gelbem Hintergrund geworben werden. Nun wollen die Neonazis dagegen vors Bundesverfassungsgericht ziehen.

:bszaktuell

RUB wants you for Gremien

(joop) Drei Gremien suchen derzeit neue studentische VertreterInnen, die sich dort für die Belange ihrer KomilitonInnen einsetzen wollen:

Der Beirat der Universitätsbibliothek berät den Senat und die UB-Leitung, zum Beispiel bei der Gestaltung der Öffnungszeiten oder der Anschaffung neuer Bücher. Gesucht werden ein Vollmitglied sowie zwei StellvertreterInnen.

Die Gleichstellungskommission befasst sich mit Fragen der Frauenförderung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Studium, sowie der Sicherheit auf dem Campus. Zurzeit fehlt noch ein Mann für einen StellvertreterInnenposten.

In der Zentralen Qualitätsverbesserungskommission wird über die zweckmäßige Verwendung von Landesmitteln mitentschieden. Hier sind derzeit vier Posten für StellvertreterInnen vakant.

Studierende können in diesen Kommissionen nicht nur Erfahrungen in der Gremienarbeit sammeln, sondern sich diese ehrenamtliche Tätigkeit auch beschleunigen lassen. Interessierte Studierende sollten sich so schnell wie möglich an Maik Wolf von der studentischen Gremienberatung wenden (gremienberatung@rub.de).

Folie als Waffe?

(as) Am Mittwoch, den 12. Februar, findet um 11 Uhr im Amtsgericht in Dortmund der Prozess gegen eine Düsseldorf Antifaschistin statt. Ihr wird vorgeworfen, am Rande einer Demonstration gegen die neonazistische Partei „Die Rechte“ in Dortmund am 31. August 2013 eine Plastikfolie bei sich gehabt zu haben, was ihr als „Schutzwaffe“ ausgelegt wird. Es handelte sich um eine handelsübliche Overhead-Projektor-Folie; Polizei und Staatsanwaltschaft sehen darin „unerlaubte Waffenführung“. Die Folie diente der Aktivistin demnach zum Schutz gegen das in den letzten Jahren vermehrt eingesetzte Pfefferspray, durch das etwa bei den Demonstrationen in Frankfurt (Blockupy) 500 Menschen verletzt wurden. Das antifaschistische Bündnis „Dortmund stellt sich quer“ wird vor dem Prozess eine Pressekonferenz vor dem Gerichtsgebäude abhalten und ruft alle dazu auf, sich solidarisch mit der Angeklagten zu zeigen und den Prozess zu besuchen (Amtsgericht Dortmund, 1. Etage, Sitzungssaal 1.151, Gerichtsstraße 22).

Eine Woche Grippe für ein Menschenleben

(kac) Die Deutsche Knochenmarkspende (DKMS) ruft mit der Kampagne „Mund auf gegen Blutkrebs!“ zum Spenden auf. Was die meisten nicht wissen: Eine schmerzhafteste Operation im Beckenkamm ist nicht mehr nötig. Wer spenden möchte, kann sich für die Periphere Stammzellspende entscheiden. Die DKMS erklärt den Vorgang wie folgt: „Dem Spender wird über fünf Tage der Wachstumsfaktor G-CSF verabreicht, ein hormonähnlicher Stoff, der auch sonst im Körper vorhanden ist. Dieses Medikament steigert die Anzahl der Stammzellen im peripheren Blut, die dann über ein spezielles Verfahren direkt aus dem Blut gewonnen werden. (...) Die Entnahme aus der Blutbahn dauert ca. 4-8 Stunden an ein bis zwei aufeinanderfolgenden Tagen.“ Es sei kein stationärer Aufenthalt notwendig, denn Langzeitnebenwirkungen seien nach dem heutigen Forschungsstand nicht bekannt. Die grippeähnlichen Symptome können mit Paracetamol während des Verfahrens behandelt werden.

Es kann sich jeder in Deutschland zwischen 18 und 55 Jahren registrieren, dafür wird ein Abstrich der Mundhöhle genommen.

Weitere Informationen auf www.dkms.de

Neue Liste für Senatswahlen baut auf bisheriger Kooperation auf

FSVK stärkt den Senat

(joop) Nach dem Willen der FachschaftsvertreterInnenkonferenz (FSVK) soll die studentische Gremienarbeit, vor allem die Zusammenarbeit mit dem Senat, künftig besser koordiniert und dadurch gestärkt werden. Als ersten Schritt beschlossen die FachschaftsvertreterInnen deswegen vergangene Woche, für die Senatswahlen im Sommersemester eine Liste der FSVK aufzustellen, über welche die studentischen SenatorInnen gewählt werden sollen.

Es gelte für die strukturell marginalisierten Studierenden, möglichst mit einer Stimme zu sprechen: „Wir sind zu den Senatswahlen immer mit einer Liste angetreten, um einheitlich aufzutreten, da wir unterrepräsentiert sind“, erklärt Maik Wolf, von dem die Initiative zur Gründung der FSVK-Liste ausging. Er sitzt selbst als studentischer Vertreter im Senat und ist außerdem bei der Gremienberatung tätig. „Wenn wir da nur mit vier von 25 Stimmen sitzen, wirkt es nicht gut, uneinig zu sein.“

In den letzten Jahren trat zu den Senatswahlen jeweils eine einheitliche Liste an, wie zuletzt unter dem Namen Liste der Fachschaften – später umbenannt in Liste der Studierenden. Die Grundidee eines regelmäßigen Austauschs der studentischen SenatorInnen mit möglichst vielen Fachschaftsräten wurde allerdings nicht konsequent durchgehalten. Die gewünschte Zusammenarbeit mit den Fachschaften kam hingegen über das Forum der FSVK zustande. Seit etwa zwei Jahren laufe die Zusammenarbeit von SenatorInnen, AStA und FSVK sehr gut. Der Beschluss von vergangener Woche soll dies auch künftig sichern.

Wichtige Impulsgeberin

„Die FSVK ist hochgradig politisch und behandelt viele Themen des Senats“, sagt

Wolf und verweist auf Beiträge der FSVK etwa zum Hochschulzukunftsgesetz oder zur Latinums- sowie Anwesenheitspflicht. Zum Hochschulentwicklungsplan, speziell zum Optionalbereich, arbeiteten die FachschaftsvertreterInnen eine umfangreiche Resolution aus. Weitere solcher Impulse erhofft man sich von der Formalisierung der bisherigen Kooperation. „Die Liste der FSVK kann also dem Senat zuarbeiten“, meint Wolf. Neben der thematischen Überschneidung bringt auch die Meinungsbildung innerhalb des Gremiums Vorteile.

„Über die Fachschaften bekommt die FSVK alles mit und kann sich eine Meinung bilden. Ein vielfältigeres Gremium gibt es gar nicht“, versichert Wolf. „Daher war es mein Wunsch, die FSVK als Meinungsgeber für den Senat zu würdigen.“

Gremienarbeit wird aufgewertet

Dabei ginge es jedoch nicht darum, die FSVK selbst durch die Schaffung der Senatswahl-Liste zu stärken, betont FSVK-Sprecher Pascal Krümmel: „Das Engagement in der Gremienarbeit, vor allem im Senat, erfährt hierdurch eine größere Aufmerksamkeit und es werden sich mehr Studierende daran beteiligen.“

Mit einer Veränderung der Arbeitsweise der FSVK durch die engere Kooperation rechnet Krümmel hingegen nicht: „Die Mehrarbeit, die daraus für die FSVK-Sitzungen resultiert, wird nicht sehr ins Gewicht fallen, der Nutzen für alle Studierenden daraus ist aber umso größer.“

Um größere Aufmerksamkeit im Hinblick auf die Wahlen geht es auch Maik Wolf, der sich durch die Einbindung der Fachschaften eine stärkere Wahlbeteiligung erhofft. Im vergange-



FSVK-Sprecher Pascal Krümmel über die FSVK-Liste: „Die Mehrarbeit ist gering, der Nutzen für alle Studierenden aber umso größer.“

Foto: kac

nen Jahr lag sie bei gerade einmal 3,92 Prozent. Es sei jedoch schwierig, die Studierenden davon zu überzeugen, bei den Senatswahlen abzustimmen, so Wolf. Es gebe quasi keine Konkurrenz, da alle KandidatInnen über eine Liste antreten. Zu den organisatorischen Dingen, welche nun vor der FSVK liegen, gehört die Aufstellung der KandidatInnen für die Liste, die allen Studierenden offensteht. Allerdings sieht Wolf eine kleine Problematik für Studierende, die nicht über Fachschaftsrate vernetzt sind, und daher geringere Chancen bei den Wahlen haben könnten.

Es kommt vor allem darauf an, den Studierenden die Relevanz der Senatsthemen für sie selbst zu verdeutlichen, wie im Fall Optionalbereich. Dass es somit im Interesse der Studierenden liegt, die SenatorInnen mit einem guten Ergebnis in den Senat zu entsenden, liegt da auf der Hand.

„Die Senatsfraktion ist nur so stark

wie die Studierendenschaft dahinter“, sagt Wolf.

Personalwechsel in der FSVK

Bis zu den diesjährigen Senatswahlen hat die FSVK beziehungsweise deren frisch gegründete Liste noch einiges an Vorbereitungen zu treffen. Passend zu den neu gesteckten Zielen hat das Jahr 2014 für die FSVK auch mit personellen Veränderungen begonnen. So wurden in der Sitzung vorige Woche zwei Sprecherinnen verabschiedet. Sina Alya Wunderlich legt ihr Amt nach vier Jahren und neun Monaten nieder; mit ihr geht nach siebenmonatiger Amtszeit Katharina Dreßen. Als Nachfolgerin wurde Julia Janik gewählt, die zuvor ein Jahr die Fachschaft Ostasienwissenschaften in der FSVK vertreten und in mehreren Universitätsgremien mitgearbeitet hat, unter anderem als stellvertretende Senatorin und in der Qualitätsverbesserungskommission.

:bsz-Kommentar

Deutsche KindersoldatInnen



Die Grundausrüstung eines Soldaten / einer Soldatin: Eins von beiden ist aber erst ab 18 erlaubt.

Illustration: mar

(USch) Es ist unfassbar: Um den Bedarf an RekrutInnen zu decken, wirbt die Bundeswehr unter anderem auf sogenannten Berufsbildungsmessen (die .bsz berichtete), aber auch in Schulen verstärkt 16- und 17-jährige Jungen und Mädchen an. In einer Stellungnahme des Verteidigungsministeriums heißt es lakonisch, dass die Entscheidung über den Berufswunsch nicht erst am 18. Geburtstag falle und „personalwerbliche Maßnahmen auch auf den Personenkreis der Jugendlichen abgestimmt“ seien.

Damit bereitet sich die Truppe hinsichtlich ihrer ethischen Standards offensichtlich schon jetzt zielstrebig darauf vor, ihren zuletzt auf der am Sonntag zuende gegangenen Münchner Sicherheitskonferenz formulierten Anspruch einzulösen, sich künftig verstärkt in Afrika militärisch engagieren zu wollen: Mit ihrer seit drei Jahren üblichen Praxis, Minderjährige zu rekrutieren, nähert sich die Bundeswehr zielstrebig südsudanesischen Zuständen – auch dort ist die Zahl der Kindersoldaten in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen.

Doppelmoral

Indessen warf Linken-Politikerin Katrin Kunert, Mitglied des Verteidigungsaus-

schusses des Bundestages, der Regierung „Doppelmoral“ vor. Das Regierungshandeln konterkariere die weltweiten Bemühungen, eine Rekrutierung von KindersoldatInnen zu verhindern. Bereits 2008 habe der UN-Ausschuss für die Rechte der Kinder die Bundesregierung angemahnt, das Mindestrekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben, so Kunert. Vor diesem Hintergrund klingt es geradezu zynisch, wenn es das Verteidigungsministerium als „keine kritikwürdige Praxis“ bezeichnet, Minderjährige zum Dienst an der Waffe zu rekrutieren – schließlich lebe man ja in einer Gesellschaft, die von der frühen Mündigkeit der Jugend überzeugt sei.

Familienfreundliche Kindertruppe?

Geradezu grotesk erscheint die Verjüngung der Truppe angesichts der Ankündigung von Bundesverteidigungsministerin von der Leyen, die Bundeswehr „familienfreundlicher“ gestalten zu wollen: „Wir wollen die besten jungen Frauen und Männer der jeweiligen Jahrgänge gewinnen“, verkündete die ehemalige Familienministerin laut Hamburger Abendblatt nach

einem Besuch eines Karrierecenters in Hannover. „Wie in allen anderen Ausbildungsberufen auch können junge Menschen ab 17 bei uns anfangen“, so von der Leyen weiter. Allgemeine Standards des Arbeits- und Jugendschutzes sowie die Kinderschutzkonvention der Vereinten Nationen fänden hierbei Berücksichtigung. Es klingt beinahe schon wie ein Hilferuf, wenn Linken-Politikerin Kunert kontert: „Der beste Schutz für Familien wäre, Minderjährige nicht mehr für militärische Zwecke zu rekrutieren.“ Von der Leyen versucht derweil, den Schleier der Normalität über die jugendgefährdende Rekrutierungspraxis zu legen – Azubis nähmen schließlich nicht an Kriegshandlungen teil. Wie es jedoch sein kann, dass die Verteidigungsministerin eines auf internationalem Parkett stets seine große historische Verantwortung betonenden Landes nicht einmal im Bereich des Jugendschutzes minimale moralische Maßstäbe wahr, bleibt ein Rätsel. Hier tun sich Abgründe auf und Assoziationen wie die Verteidigung Berlins durch das letzte Aufgebot 15-jähriger Kindersoldaten 1945 liegt nicht fern. Armes Deutschland.

Bundeswehr bildet Minderjährige an der Waffe aus

(mar) Mehr als 1.200 Minderjährige wurden 2012 von der Bundeswehr rekrutiert. Dies teilte das Verteidigungsministerium auf eine Anfrage der Linken-Fraktion im Bundestag hin mit. Mit Werbemaßnahmen wie „Bw-Adventure Camps“, Abenteuerurlaub mit GebirgsjägerInnen, wendet sich die Truppe explizit an 16- bis 19-Jährige. Mit 17 Jahren beginnt für die jungen SoldatInnen die Waffenausbildung.

Die Ausbildung von Minderjährigen an der Waffe widerspreche der UN-Kinderrechtskonvention, kritisierte die Linken-Abgeordnete Katrin Kunert im Bundestag. Vonseiten der Bundeswehr wird argumentiert, dass die Kinderrechtskonvention lediglich die Beteiligung Minderjähriger an bewaffneten Konflikten ächte. Auslandseinsätze seien für SoldatInnen der deutschen Streitkräfte aber erst ab 18 Jahren vorgesehen. Auch diese Praxis betrachtet Kunert jedoch als „bedenklich“.

Groteske Inszenierung sowjetischer Politik der 20er Jahre

:bsztermine

Sowjetischer Frankenstein wieder am Messer

(kac) Am kommenden Wochenende, den 8. und 9. Februar, findet die Wiederaufnahme des Theaterstücks nach Bulgakows „Hundeherz“, einer düsteren Satire mit Frankenstein-Anleihen, auf der Studiobühne der RUB statt. Die Lotman-Theatergruppe inszeniert eine Organtransplantation auf offener Bühne.

Die Lotman-Theater Gruppe entstand am Seminar für Slavistik / Lotman-Institut für Russische Kultur im Jahr 2006, mit der Idee, die russische Literatur in Bochum an den Menschen zu bringen. Sie feilten zwei Jahre lang an ihrem ersten Projekt. Was lange währt, wird endlich gut, denn im Juni 2008 inszenierten die Studierenden zum ersten Mal das Märchenstück „Der Drache“ des russischen Autors Jewgeni Lwowitsch Schwarz unter der Regie von Elena Resch. Es folgten dann Werke von Michail Bulgakow wie „Der Meister Margarita“ und „Hundeherz.“

Ein Hund ist nicht gleich ein Hund?

Das Stück spielt im Winter 1924 in Moskau. Der erfolgreiche Chirurg Professor Filipp Filippowitsch Preobraschenski (Dominik Hertrich) ist Spezialist für Verjüngungsoperationen. Er beschließt zusammen mit seinem Assistenten Doktor Iwan Arnoldowitsch Bormental (Fynn Zinapold), ein Experiment an dem streunenden Hund Scharik (Hanno Michel) durchzuführen. Sie implantieren dem ergebene und lieben Hund die Hirnanhangdrüse und Hoden des kürzlich verstorbenen determinierten Klim Grigorjewitsch Tschugunkin. Wider Erwarten überlebt der Hund den Eingriff.

Es beginnt eine Umwandlung des Hundes, so nimmt Scharik von Tag zu Tag immer mehr menschliche Züge an, so verliert er sein Fell, wächst, geht auf den Hinterbeinen und fängt sogar an zu sprechen. Der Hund wird menschlich und nimmt die negativen Eigenschaften und schlechten Manieren des toten Scharik auf. Scharik beginnt nicht nur

Alkohol zu trinken, sondern wird aggressiv, vulgär und nennt sich ab sofort Polygraf Polygrafowitsch Scharikow, obendrein wurde er Leiter der Unterabteilung zur Säuberung der Stadt Moskau von streunenden Tieren (z. B. Katzen) bei der Stadtreinigung der Moskauer Kommunalwirtschaft. Der einst liebe Hund kehrt „als neuer Mensch“ immer mehr mit KommunistInnen als auch mit dem Proletariat wie dem Hausverwalter Schwonder (Timo Knop). Diese neuen Bekanntschaften versuchen, ihn gegen seinen Schöpfer auszuspielen. Mit seinem Verhalten macht er das Leben des Professors zur Hölle, sodass der Doktor sich entschließt, die Verwandlung rückgängig zu machen. Überlebt Scharik einen erneuten Eingriff?

„Bulgakow war einfach toll!“

In diesem Sinne schwärmte die Drehbuchautorin und Regisseurin Elena Resch im Interview für die :bsz. Sie erklärte: „Wir haben in den folgenden Jahren unseren eigenen Stil entwickelt. Wir bevorzugen Satiren und wollen kein Theater im Stil von Anton Pawlowitsch Tschechow betreiben.“

Tschechow ist vor allem als Dramatiker bekannt. Zu seinen berühmtesten Werken zählen „Die Möwe“ oder „Der Kirschgarten.“



Minimalistisch, aber nicht öde: Die Theatergruppe des Lotman-Instituts.

Foto: kac

Der Autor thematisiert häufig den gelangweilten russischen Adel, der ohne jegliche Produktivität zu existieren scheint.

Diese Einöde möchte Resch nicht auf der Bühne zeigen und entschied sich mit ihrer Theatergruppe für Bulgakows „Hundeherz.“ Die Regisseurin sagte „Unser Theaterstil ist eher minimalistisch, oft körperbetont und vor allem grotesk.“ Erstmals wurde das Stück am 29. Juni 2013 im Musischen Zentrum aufgeführt. Da die Nachfrage so groß war, wird es nun am Wochenende erneut aufgenommen. Seit der letzten Inszenierung hat sich die Besetzung leicht geändert und wir können uns auf ein neues Gesicht freuen, Doktor Iwan Bormental wird nun durch Fynn Zinapold auf der Studiobühne verkörpert.

Auf Marina Voronkina (im Stück die Vjazemskaja) Bitte möchte ich hier betonen, dass das Stück, obwohl es eine russische Novelle ist, definitiv auf Deutsch sein wird. Sie sei oft gefragt worden, wie man das Stück denn verstehen soll, wenn man kein Russisch spricht.

Keine fantastische Novelle, sondern politische Satire

Wer nun denkt das Stück sei ein geschmack-

loser Abklatsch eines Fantasy-Romans, hat sich geirrt. Bulgakow ist es mit „Hundeherz“ gelungen, die sowjetischen 20er-Jahre satirisch zu skizzieren. Allein der Professor Preobraschenski kann als Parodie auf Lenins „Neue Ökonomische Politik“ (NÖP) verstanden werden, der den leidenden Hund umwandelt, um ein schönes, doch zugleich unfreies Leben verschafft. Durch russ. Bürgerkriege und plötzliche Verstaatlichungen von Industrien und Banken kam es zur einer Krise, die die Wirtschaft bedrohte. So setzen Lenin und Trotzki das wirtschaftspolitische Konzept NÖP gegen den Willen der eigenen Partei durch. Die kommunistische Bürokratie drang wieder in den Vordergrund.

:bszinfobox

8. und 9. Februar
im Musischen Zentrum der RUB
jeweils um 19.30 Uhr

Kartenreservierung unter:
lotman_theater@yahoo.de

Der Eintritt ist frei!

Shoa-Erinnerungen und -Wahrnehmungen beim Dokufilm-Festival „Stranger than Fiction“

Mein Holocaust, Dein Holocaust

(bent) Ein Antik-Trödelmarkt unter der Berliner Mittagssonne bildet den Schauplatz einer bemerkenswerten Szene von Alice Agneskirchners Film „Ein Apartment in Berlin“. Die drei jungen israelischen ProtagonistInnen Eyal, Yoav und Yael wühlen neugierig in den Kartons herum. Herausgehoben wird allerlei: antiquierte Bücher, verstaubte Bilder und alte Fotoalben. Dann stößt Yael auf einen Kerzenständer, an dem jemand etwas abgebrochen hat – einen Davidstern. Bedeutungsschwanger erfasst die Kamera die Szenerie, nähert sich Yaelns Gesicht, bis Regisseurin Agneskirchner mit bemühtem Mitgefühl fragt, was sie denn nun empfinde. „Was soll ich denn schon empfinden“, fragt Yael etwas hilflos zurück. Fast überrumpelt wirkt sie von diesem Erwartungshorizont, der doch nur eines ausdrückt: Die große Kluft zwischen der Holocaust-Wahrnehmung der Israelis und der Deutschen.

Dabei lag dem Trödelmarktbesuch eine ganz andere Motivation zugrunde. Hier sollten mögliche Requisiten gesammelt werden, um eine jüdische Familienwohnung vor der faschistischen Usurpation zu requirieren. Ausgangspunkt sind Archivforschungen Agneskirchners, bei denen sie auf Listen stieß, die jüdische Familien anfertigen mussten, bevor sie gezwungen wurden, ihre Wohnungen zu verlassen. Was können diese alltäglichen Dinge wie Schränke, Kleidung, Lampen, Schmuck oder Bücher über das Leben vor über 70 Jahren aussagen? Wie hat eine solche jüdische Familienwohnung ausgesehen? Als Agneskirchner auf die Geschichte der Familie Adler stößt, wird das Projekt konkret: Als Kaufleute handelten die Adlers mit Eiern und gehörten zum Mittelstand, doch nach der Machtergreifung änderten sich ihre Lebensumstände

zusehends. Nachdem sie aus ihrer Wohnung vertrieben wurden, folgte die Deportation und die Ermordung in Auschwitz.

ProtagonistInnen verweigerten sich dem Repräsentationsschema

Um das Wohnungsleben wieder auferstehen zu lassen, suchte Agneskirchner drei junge Israelis auf, die aus unterschiedlichen Gründen in Berlin leben. Zunächst machen die drei mit, helfen, die Wohnung einzurichten und flanieren mit der Kleidung der 30er über die Berliner Straßen, erwecken die vergebliche Suggestion, als gäbe es noch dieses Leben vor der Shoa. Doch schnell haben die ProtagonistInnen keine Lust mehr, sich derart mit den Opfern des Holocaust zu identifizieren, nur weil sie Israelis sind: „Es ist, als müssten wir diejenigen repräsentieren, die gestorben sind“, beklagt sich Yael bei Agneskirchner, die als Regisseurin oft vor der Kamera mitagiert, versucht, das Projekt stark zu inszenieren und von ihrer eigenen, biographischen Auseinandersetzung mit dem Holocaust berichtet. Es ist diese Mentalität einer Kollektivschuld der Deutschen, von der Agneskirchner ausgeht, mit der sie den drei Israelis begegnet und gleichzeitig ein Korsett schnürt, in das sich die drei Protagonisten nicht einordnen lassen wollen: „Dein Holocaust ist nicht mein Holocaust“, schmettert ihr Yoav entgegen.

Befreiung von Rollenmustern

Das Leben in Berlin scheint für alle drei doch zu spannend zu sein, um sich in diese Repräsentationsmuster einordnen zu lassen. Am interessantesten ist der Film dann, wenn die Maßstäbe der Inszenierung aufgebrochen werden, wenn die Hauptfiguren, auch in Bezug auf den Nahostkonflikt, miteinander diskutieren. Wenn Eyal, der, bevor er fürs Studium nach Berlin kam, in



So würde sie aussehen: Die rekonstruierte Wohnung der jüdischen Familie Adler.

Foto: Gebrüder Beetz Filmproduktion

der israelischen Armee war, kritisch die zwei üblichen Schlüsse erwähnt, die man in Israel dem Holocaust abgewonnen hat: „Das darf nie wieder geschehen, das darf uns nie wieder geschehen.“

Das Leben verweigert sich hier der filmischen Inszenierung, und das ist der interessante Clou des Films: Seine Protagonisten sind klüger als er selbst. Der Historiker Yoav drückt diesen Widerwillen, sich in die deutschen Erwartungsmuster einzuordnen und das Opfer spielen zu müssen, am eigenwilligsten aus, wenn er statt in die Kaufmannstracht der Adlers in eine NS-Uniform schlüpft, um damit einen Spaziergang durch die Straßen Berlins zu wagen. Dass die Reaktionen mehr als gespalten ausfallen, war dabei zu erwarten. Yoavs Beweggründe werden nicht ganz erschlossen, vor allem nicht in den Gesprächen mit Agneskirchner: „Du kennst nicht die Schmach, das Opfer zu

sein.“ Die Interviews mit Yoav sind ein spannendes Antasten an seine Wahrnehmungen und Erwartungen, als längst klar geworden ist, dass das Projekt einer gemeinsamen Erinnerung nicht aufgegangen ist. Mühselig sind diese Annäherungen.

:bszinfobox

Das Dokufilm-Festival „Stranger than Fiction“ läuft noch bis zum 16. Februar. Spielorte sind unter anderem das Endstation-Kino in Bochum-Langendreer, das sweetSixteen (Dortmund), das Filmstudio Glückauf (Essen) oder das Riofilmtheater (Mülheim).

Mehr Infos unter:
strangerthanfiction-nrw.de

Mittwoch, 5. Februar

Autoritärer Kapitalismus

Vortrag von Politikprofessor Frank Deppe. Es gibt Hinweise, dass sich im 21. Jahrhundert das Verhältnis von Kapitalismus, Freiheit und Demokratie grundlegend verändert: Die Große Krise seit 2008 hat die Wende zu einem autoritären Kapitalismus beschleunigt. Inwieweit können demokratische Bewegungen von unten Gegengewichte gegen die autoritäre Wende mobilisieren?

Studio 108, Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108, Bochum
Beginn 21 Uhr
Eintritt frei

Samstag, 8. Februar

Macbeth

Eröffnung des Pilotprojekts „Blutige Anfänger“. Das Konzept: Regieschüler der Folkwang Universität der Künste arbeiten unter Rottstraße-Originalbedingungen, um Berufspraxis zu sammeln. Schülerin Nina de la Parra inszeniert diese starke, extrem auf Macbeth und seine Lady konzentrierte Fassung. Rottstraße-„Urgestein“ Karin Moog und die Rottstraße-„Debutanten“ Bernhard Glose und Jörg Schulze-Neuhoff spielen.

ROTTSTR-5-Theater
Rottstraße 5, Bochum
Beginn 19.30 Uhr
Eintritt 13 (inkl. Freigetränk),
ermäßigt 7 Euro

The Blues Defilers

Das Akafö-Kulturbüro boskop widmet sich im Rahmen der Bochumer Blues Sessions dem modernen Blues-Rock. Dieses Mal treten „The Blues Defilers“ auf.

Kulturcafé, RUB
ab 20 Uhr
Eintritt frei

bis 10. Februar

NSU-Opfer

Wozu eine menschenfeindliche rechts-extreme Gesinnung führen kann, zeigt eine aktuell in Herten gastierende Wanderausstellung über die Mordserie der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), die im Glashaus (Hermannstraße 16) gezeigt wird. Auf 22 (Bild-)Tafeln widmet sich die Ausstellung vor allem den Opfern der NSU-Verbrechen und setzt sich in einem zweiten Teil mit der Neonazi-Szene der 90er Jahre auseinander. Die Ausstellung wurde im Auftrag des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) erstellt und wird im Hertener Glashaus erstmals in NRW der Öffentlichkeit präsentiert.

Glashaus
Hermannstr. 16, Herten
Öffnungszeiten: Mo–Mi 10–18
Uhr, Do 10–19 Uhr, Sa 10–13 Uhr
Eintritt frei

bis 18. Mai

Warhol in Oberhausen

Eine Andy-Warhol-Ausstellung in der Ludwig Galerie zeigt verschiedene Facetten des berühmten Künstlers und gewährt interessante Einblicke in das Werk des Stars, der die Kunstszene der 60er Jahre prägte.

Ludwig Galerie Schloss
Oberhausen
Konrad-Adenauer-Allee 46,
Oberhausen
Öffnungszeiten: Di–So, 11–18 Uhr
Eintritt 8, ermäßigt 4 Euro

Winter-Olympia 2014 in Russland: Putins Denkmal fordert viele Opfer

Teurer, heißer, gefährlicher!



Friedensspiele in der Konfliktregion: Winterwunderland mal anders.

Karte: mar

(mar) Eiskunlauf unter Palmen: Am 7. Februar beginnen die XXII. Olympischen Spiele im subtropischen russischen Kurort Sotschi. Die Kritik an dem Spektakel übertrifft vielleicht sogar die der Sommer-spiele 2008 in Peking. Um Demokratie und Menschenrechte steht es in Russland schlecht, die Kosten für die Veranstaltung übersteigen die der letzten Winterspiele um ein Vielfaches, bei den Bauarbeiten wurde die Umwelt zerstört, Tausende BauarbeiterInnen wurden nicht bezahlt und der Austragungsort selbst ist mit seinen palmengesäumten Sandstränden nicht nur außergewöhnlich, sondern auch noch an der Grenze zur terroristisch aktivsten Gegend Russlands gelegen.

Sand- und Kiesstrände, Palmen, schwefelrige Heilquellen; ein beliebter Kurort seit der Zarenzeit, Stalins Sommerresidenz; 30 Kilometer zur Grenze zu Abchasiën, wo 2008 noch Krieg herrschte, eine halbe Tagesreise von Dagestan entfernt, wo Russland mit militärischen Mitteln gegen den Terrorismus kämpft. Sotschi (russisch Сочи) ist also der ‚perfekte Ort‘ für das größte Wintersportereignis, das die Welt gesehen hat: „Putin suchte und suchte und dann fand er ihn: den einzigen Ort in Russland, wo es keinen Schnee gibt, um dort die Olym-

pischen Winterspiele auszurichten“, frozelt man im Ort. So ganz stimmt das allerdings nicht: Zwar sind etwa der Hauptort Sotschi und nahe Küstenstädtchen wie Adler (Адлер) in Russland beliebte Badeorte, aber das nur 40 Kilometer entfernte Örtchen Krasnaja Poljana, wo einige der alpinen Wettbewerbe stattfinden werden, ist von den Bergen des Nordkaukasus umgeben, deren Gipfel mehr als 3.000 Meter hoch sind. Normalerweise sind diese auch schneebedeckt – doch noch fünf Tage vor Beginn heißt der Niederschlag im Kaukasus Regen, die Pisten (und Straßen) sind nicht mit Schnee bedeckt, sondern mit Matsch. Theoretisch aber hat die Lage durchaus ihren Reiz. Zudem sollen die Spiele die kompaktesten seit Langem und mit den kürzesten Wegen werden. Allerdings sind sie auch mit Abstand die teuersten.

Wenn man die Schmiergelder abzieht, ist Olympia nicht so teuer

„Es stimmt natürlich nachdenklich, wenn die Kosten fast höher sind als die Kosten für die fünf vorangegangenen Winterspiele zusammen“, zitiert Spiegel Online Bundesinnenminister de Maizière, der deshalb zu etwas mehr Bescheidenheit aufruft. Wladimir Putin denkt aber nicht dran: Er, der selber gerne Gast an der „russischen Riviera“ ist,

der die olympische Fackel in den Weltraum geschickt hat, und nicht nur Cool Runnings nach Sotschi holt (Jamaika ist tatsächlich wieder mit einer Bobmannschaft dabei), sondern auch die Fußball-WM 2018 und ab diesem Jahr auch die Formel 1, kleckert nicht, sondern klotzt ganz gehörig. Deshalb kostet Sochi 2014 auch 37 Mrd. Euro (manche Quellen sprechen sogar von bis zu 50 Mrd.). So gut wie jede einzelne Sportstätte musste neu errichtet, Sowiet-Sanatorien zu Sternhotels umgebaut, die marode Infrastruktur erneuert werden. Praktisch wurde die ganze Stadt, die ganze Gegend am Reißbrett neu geplant.

Doch diese Bauten verschlangen nicht allein diese gewaltige Summe. BeobachterInnen und JournalistInnen gehen davon aus, dass ein Gutteil der Projektgelder den Weg vom russischen Staat zu den BauunternehmerInnen findet, von dort aber nicht weiter zu den Baustellen. Nachweisen lässt sich die Korruption juristisch wirksam nicht.

Mit leeren Händen nach Tadschikistan

Wo das Geld aber definitiv nicht landet – und das hat sogar das Internationale Olympische Komitee (IOC) eingeräumt –, das ist in den Lohntüten zehntausender BauarbeiterInnen. Vorwiegend aus zentralasiatischen Staaten nach Sotschi zum Bau der Sportparks angeeignet, wurden sie Berichten der ARD zufolge nach Jahren unter „extremen Arbeitsbedingungen“ ohne Lohn in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Das olympische Komitee versprach, die Zahlungen nachzuholen. Die ARD-Reporter sind skeptisch, wie das vonstatten gehen soll, wo viele von den Betroffenen in abgelegenen Dörfern wohnen und über kein Bankkonto verfügen.

Russland als Zivilisationsmotor

Abgelegen und fast ausgestorben ist Abchasiën. 2008 hat sich die autonome Republik von Georgien unabhängig erklärt. Anerkannt haben das allerdings nur Russland und eine illustre Runde von vier weiteren Ländern (Nauru, Tuvalu, Venezuela und Nicaragua). Georgien selbst betrachtet die Region immer noch als eigene Provinz. Die Grenzen allerdings sind dicht, Russland ist Abchasiëns einziger Kontakt zur Welt. Entsprechend erhoffen sich die Menschen dort

einen Aufschwung im Nimbus der nahen Olympiade. Bis jetzt leben die Menschen in den dortigen Dörfern noch in Zuständen, die der/die MitteleuropäerIn als mittelalterlich zu bezeichnen geneigt wäre.

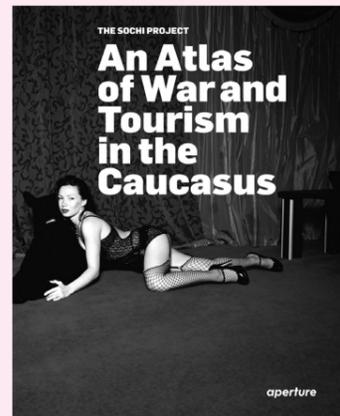
Allah ist groß – aber Putin größer?

Weniger begeistert von Putins Prunkparade ist die Bevölkerung in Teilen Russlands. Denn auch das größte Land der Erde hat mit abtrünnigen Provinzen zu kämpfen. Doku Umarov, selbsternannter „Emir des Kaukasus-Emirats“ und Kämpfer für ein islamisches Tschetschenien hat angekündigt, die Olympischen Spiele mit allen Mitteln zu verhindern. Dieses Ziel will er „mit maximaler Gewalt“ durchsetzen. In Sotschi selbst sollen sich bereits islamistische potentielle SelbstmordattäterInnen befinden. Putin setzt vor Ort den Geheimdienst FSB und massive Polizeipräsenz ein sowie auf volle Überwachung.

Den SportlerInnen bleiben viele wohlverdiente Medaillen zu wünschen. Allerdings haben diese Spiele mehr als nur eine Kehrseite.

:bszempfehlung

Die AraberInnen nennen den Kaukasus das „Gebirge der Sprachen“, weil dort so viele Völker mit ihren eigenen Sprachen leben. Leider nicht immer friedlich, vor allem wenn es um territoriale Interessen geht. Der Fotograf Rob Hornstra und der Autor Arnold van Bruggen entwickelten das „Sotschi-Projekt“ – ein Buch, das zeigt, in was für eine Gegend das IOC seine Winterspiele geschickt hat: in den Kaukasus, eine Region zwischen Krieg und Tourismus. Die Fotos zeigen Bauernhöfe aus Wellblech, die Hotels aus Glas weichen mussten; Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten und Menschen, die ihre Zukunft in Sotschi suchen. Ihr Atlas zeichnet in bisweilen beeindruckenden, aber nicht beschönigenden Bildern und mit Texten zwischen Reisebericht und Portraitsammlung, wie viele unterschiedliche Welten in diesem faszinierenden Teil der Erde nebeneinander existieren.



Rob Hornstra, Arnold van Bruggen: „The Sochi Project. An Atlas of War and Tourism in the Caucasus“. Aperture, 412 Seiten, ca. 47 Euro. thesochiproject.org

:bszimpresum

:bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung
Herausgeber: AstA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Tim Köhler, Simon Gutleben u. a.
Redaktion dieser Ausgabe: Anna Schiff (as) Benjamin Trilling (bent), Christian Kriegel (ck), Dagmar Hornung (dh), Johannes Opfermann (joop), Katharina Cygan (kac), Marek Firlej (mar), Ulrich Schröder (USch)
Vi.S.d.P.: Christian Kriegel (Anschrift s. u.)
Auflage: 3.000
Druck: Druckwerk, Dortmund
Anschrift: :bsz, c/o AstA der Ruhr-Universität Bochum, SH Raum 081, Universitätsstr. 150, 44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900; **Fax:** 0234 701623
E-Mail: redaktion@bszonline.de
WWW: www.bszonline.de
 Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer VerfasserInnen.

- Anzeige -

Speiseplan Mensa der Ruhr-Uni-Bochum
 vom 10. Februar 2014 bis 14. Februar 2014
 Jetzt Fan bei Facebook werden oder Aktuelles per Twitter verfolgen.

AKAFO

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Aktionen 4,20 € (Stud.), 5,20 € (Gäste)	Gebratener mariniertes Tofu mit Champignons und Frühlingszwiebeln (vegan), dazu Kokosreis und Salat (A)	Steak vom Thunfisch an Tomaten-Konfit, dazu Pesto-Tagliatelle, und mediterranes Pfannengemüse (F)	Spareribs-Barbecue mit Barbecue-Dip, dazu Pommes frites und mexikanisches Pfannengemüse (3,9,10,5)	Gegrilltes Hähnchenbrustfilet an Salbei-Jus mit Wirsing-Linsengemüse und Kräuter-Drillingen (G)	Salimbocca vom Seelachs an Pflaumensauce, dazu Sesam-Weißbrot und Mischsalat (2,3,F,5)
Komponentessen 1,20 - 2,60 €	Hühnerfrikassee mit Erbsen und Spargel (G) Vegetarische Bällchen mit Gemüsesauce	Hähnchenschnitzel mit Tomaten-Basilikumsauce (1,2,3,9,G) Grünkernbratling mit Tomaten-Basilikum-sauce (1,2,3,9)	Rinderhacksteak mit Tsatsiki (R) Vegetarisches Geschmortes Gyros-Art mit Tsatsiki	Paniertes Seelachsfilet mit Remouladen-Dip (2,7,F) Broccoli-röstling vegan mit Basilikum-Käsesauce (2)	Thai Chicken in scharfer Sauce (3,G) Mini-Frühlingsrolle mit Asiasauce
Sprinter 2,- € (Stud.), 3,- € (Gäste)	Chinesische Bratnudelpfanne mit Putenfleisch (1,3,G) Linseneintopf (vegan) mit Gemüseringeln oder Brötchen (1,3)	Graupeneintopf (vegan) mit einer Bockwurst oder Brötchen (2,4,R,5) Spaghettigratin, dazu Salat	Reispfanne „Rhodos“ mit Hähnchensalat (3,4,G) Germknödel mit Vanillesauce und Pflaumenkompott	Lauchnudeln mit Salat (5) Gemüse-Auflauf mit Käse überbacken, ein Mischsalat extra	Kartoffel-Gemüse-Eintopf (vegan), dazu Bockwurst (2,4,R,5) Kartoffeleintopf (vegan) mit Polenta-Käsetasche oder Brötchen
Beilagen 0,60-0,80 €	Butterreis Pariser Kartoffeln Broccoli Balkangemüse	Bunte Nudeln Kartoffelpüree Maisgemüse Wok-Gemüse	Djuwetsch-Reis (1,2,3,9) Penne-Nudeln Möhrenscheiben Prinzessbohnen	Bio-Kartoffeln Makkaroni Erbsen und Möhren Blattspinat	Sesam Reis Bandnudeln Blumenkohl Bunte Gemüsevielfalt
Bistro 2,00-3,00 € (Stud.), 3,00-4,20 € (Gäste)	Paniertes Seelachsfilet, Remoulade, Kartoffelsalat, Rote Bete in Joghurt (2,4,7,9,F) Hühnerfrikassee, Reis, Erbsen, Spargel, Salat (G) Linseneintopf (vegan) mit Gemüseringeln oder Brötchen (1,3)	Entenkeule, Kartoffelklöße, Rotkohl (1,3,G) Süßkartoffelcurry mit Vollkorn-Reis, Paprikasalat Spaghettigratin, dazu Salat	Pizza Tonno, grüner Salat (1,F) Schweinerückensteak, Barbecuesauce, Kräuter-Drillinge, Krautsalat (3,9,10,5) Germknödel mit Vanillesauce und Pflaumenkompott	Currywurst, Pommes frites und Rahmgurkensalat (2,8,5) Vegetarische Lasagne, Rohkostsalat (1) Gemüse-Auflauf mit Käse überbacken, ein Mischsalat extra	Geschmortes „Stroganoff“, Romanesco-röschen, Spätzle (2,9,R) Kabeljaufilet mit Wok-Gemüse, chinesische Eiernudeln (F) Kartoffel-Gemüse-Eintopf (vegan) mit Polenta Käsetasche oder Brötchen

Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbuffet.

Wir wünschen guten Appetit. Bitte achten Sie auf unser Speiselettsystem. Hier erhalten Sie aktuelle Änderungen und Preise. Vielen Dank. Erläuterungen: (S) mit Schwein, (R) mit Rind, (A) mit Alkohol, (V) vegetarisch, (Bio) aus kontrolliertem biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-039-Öko-Kontrollstelle, Zertifizierungsstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH Göttingen, (G) mit Geflügel, (F) mit Fisch, (L) mit Lamm.

:bszkolumne

Lang lebe der Polit-Talk

(as) Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkgesellschaften und ihre Finanzierung durch Rundfunkbeiträge blicken auf eine lange Tradition zurück. Ein altes Regime, sozusagen. 1923 nahm die Funk-Stunde Berlin als erster Hörfunksender in Deutschland den Betrieb auf. Die 1924 festgelegte Jahresgebühr von 60 Mark entsprach etwa einem Drittel eines durchschnittlichen Monatseinkommens. Das Telegraphengesetz sah nicht nur Geldstrafen, sondern im schlimmsten Fall auch eine Gefängnisstrafe von bis zu sechs Monaten für Schwarzhören vor. Schöne alte Welt. Doch die gute alte Zeit der absoluten Macht währte nicht lang genug. Die Privatsender und mit ihnen die unerträgliche Seichtigkeit des Scheins flimmerten über die bundesdeutschen Matschscheiben. Dass das Land der Dichter und Denker nicht vollends in der Niveaulosigkeit versank, haben wir dem Volksbildungs- und Aufklärungsauftrag, der staatsbürgerlichen und kulturellen Verantwortung der öffentlich-rechtlichen Sender zu verdanken. Wer sonst hätte uns objektiv-informativ von den „Döner-Morden“ erzählt? Wer hätte uns sonst den Politgetalk? Sichertgestellt, dass neoliberale Ideen auch genügend Raum bekommen? Wer hätte sonst den Wahlsieg der CDU herbeigetalkt? Unkenrufe, wie etwa des Soziologen Bourdieu, dass das Wesen der Talkshow die Pseudo-Debatte sei, wurden und werden geflissentlich überhört. Man kann es ja schließlich nicht jedem recht machen. Bildung lassen wir uns natürlich gerne etwas kosten. Natürlich zahl ich, denkt sich der brave Bürger. Für den Rest gibt es natürlich keine „GEZ-Fahnder“, sondern „Rundfunkgebührenbeauftragte der Landesrundfunkanstalten“, wie es richtig heißt, sonst wird auch gerne mal geklagt. Doch die Legitimationskrise war nicht aufzuhalten, die Zeichen standen auf Sturm – trotz des schönen Internetauftritts für die Fernsehlosen. Der Anlass, ähnlich profan wie ein Halsband: das bisschen Linke vorführen. Was denn? Darf man sich denn nicht mal mehr gepflegt über Linke lustig machen? Nicht mal, wenn es sich um eine gebildete Frau handelt? Das sind doch die mit den absurden Ideen, oder? Mindestlohn und so. Wie einst der französische Adel verstehen nun die Rundfunk-Mächtigen ihre antiquierte Welt nicht mehr, während die Massen an die virtuelle Bastille klopfen. Moderatoren-Köpfe sollten rollen. Nicht mehr mit der Guillotine, dafür mit einer Online-Petition. Die Hofschreiberlinge, pfiffig, wie sie nun einmal sind, verbrüdernten sich mit dem aufgebrauchten Mob. Dass Lanz scheiße ist, hatte man schon immer gewusst – das Stigma der Privatsender haftet ihm schließlich an. Dass Thomas Gottschalk ebenfalls scheiße, langweilig und immens sexistisch war, wurde geflissentlich übergangen. Ebenso die weitverbreitete gähnende geistige Leere der Talkrunden. Doch bald drehten sich die Fähnlein im Wind und sprangen den Ihrigen zur Seite: Jan Fleischhauer etwa zweifelt im Spiegel die Richtigkeit der Zahlen dieser ‚infamen Petition‘ an. Das Blatt rät zum Umschalten oder wahlweise Kuchenessen. Zeit-Herausgeber Josef Joffe, der Fuchs, wollte, dass sich diese ernervenden Wut-Bürger richtig schämen und fantasierte Ähnlichkeiten zur Nazi-Kampagne gegen jüdische Geschäfte herbei. Hofnarr Ottfried Fischer mahnte sogar „Menschenjagd“ an. Die Petition ist vorzeitig gestoppt. Die Initiatorin hat sich dafür entschuldigt, „Gefühle verletzt zu haben“. Vielleicht haben die wütenden Unterzeichner aber erreicht, dass Lanz seine teuren Koffer packen muss. Und dann? Der Talkmaster ist tot? Lang lebe der Talkmaster.